



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Ungleichbehandlung des Kulturbetriebs beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die derzeitige Ungleichbehandlung des Kulturbetriebs gegenüber vergleichbarer Bereiche der Wirtschaft – insbesondere in der Gastronomie – zu beenden,
2. die Regelungen der Fünfzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV), die die Arbeit der Kultureinrichtungen in unverhältnismäßig hohem Umfang einschränken, so anzupassen, dass der aus wirtschaftlichen Gründen vielfach bestehende Lockdown in der Kultur beendet wird,
3. unverzüglich eine Auslastung mit Besucherzahlen bei entsprechenden Hygienekonzepten von 75 Prozent mindestens aber von 50 Prozent zu ermöglichen,
4. unverzüglich das Spielstätten- und Veranstalterprogramm bis zum 30. Juni 2022 zu verlängern, damit in jedem Fall baldmöglichst Klarheit über die Fortsetzung der wirtschaftlichen Hilfen geschaffen wird.

Begründung:

Mit der 15. BayIfSMV sind weiten Teilen der Kultur Reglementierungen auferlegt, die in der Praxis einem Lockdown gleichkommen. Die Reduzierung auf eine 25-prozentige Auslastung der Kulturveranstaltungen hat die kleineren Veranstalter der freien Kulturszene erneut in eine existenzgefährdende Situation gebracht. Für viele Veranstalter bedeutet allein ein ebenso vorgeschriebener Mindestabstand von 1,5 Metern eine noch niedrigere Auslastung. Die Regelungen sind nicht an die unterschiedlichen Größen und Angebote der Kulturveranstalter angepasst.

Rückmeldungen von Theatern und anderen Kulturstätten zeigen dramatisch, dass bayernweit Schließungen drohen und die Vielfalt der kulturellen Angebote endgültig vor dem Aus steht. Damit geht auch, wie bereits im ersten Corona-Lockdown, eine Bedrohung des finanziellen Überlebens der solselbstständigen Künstlerinnen und Künstler einher, die diese Kulturprogramme erarbeiten und darstellen.

Mit der Umsetzung von 2G-plus, FFP2 Maske, Hygienekonzepten und Lüftungsanlagen erfüllt die Kultur weit mehr Anforderungen an den Gesundheitsschutz als die Gastronomie, die auch nach dem neuesten Beschluss der Staatsregierung am 17. Januar 2022 weiterhin mit 2G, ohne Maske und ohne Abstand arbeiten darf.

Über alle Kultursparten hinweg haben sich Kulturverbände Bayerns für ein Ende der Schlechterstellung der Kunst ausgesprochen, um einen bevorstehenden massiven Schaden für die Kultur abzuwenden (Protestschreiben des Verbands Freie Darstellende

Künste Bayern (vfdkb), des Bayerische Landesverbands für zeitgenössischen Tanz (BLZT), des Verbands der freien Kinder- und Jugendtheater Bayern, des Bayerischer Musikrats und des Netzwerks Freie Szene München). Der Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft (BLVKK) und der Bayerische Musikrat fordern eine mögliche Auslastung von Veranstaltungen auf 75 Prozent.

Der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Bernd Sibler, hatte Lockerungen der Coronamaßnahmen im Kulturbereich in Aussicht gestellt. Auch der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, stellte in Aussicht, dass das Kabinett Lockerungen für die Kultur beschließen könnte. Beim Runden Tisch mit Kulturschaffenden am 12. Januar 2022 hörte sich der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Bernd Sibler, deren Schilderungen und Forderungen nach einer Änderung der Regeln an, bei der darauffolgenden Kabinettsentscheidung blieb die Kultur aber erneut unberücksichtigt.

Auch gibt es bisher keine Aussagen der Staatsregierung über eine notwendige Fortsetzung des Spielstätten- und Veranstalterprogramms zur Unterstützung von Betreiberinnen und Betreibern von kleinen und mittleren Spielstätten und Veranstaltern ohne eigene Spielstätte. Das Programm muss dringend weitergeführt werden.

Die Kulturverbände beklagen erneut die fehlende Wertschätzung für Kunst und Kultur bei Entscheidung über die Maßnahmen zum Infektionsschutz. Wie schon seit Beginn der Coronapandemie zeigt die Staatsregierung, dass sie der Kultur in der Krise keine Bedeutung zumisst.

Die Staatsregierung muss jetzt unverzüglich die notwendigen Korrekturen und Anpassungen vornehmen, dass die Kulturszene in Bayern in ihrer Vielfalt erhalten bleibt. Gerade in der Krise brauchen wir Kultur. Sie stützt die Demokratie und die Meinungsbildung, sie bereichert das gesellschaftliche Miteinander, bereichert die Diskurse und setzt wichtige Impulse für die Bürgerinnen und Bürger.